Berichte aus der Rechtswissenschaft

Katja Nettesheim

**Die Individualklage
im Entwurf des Multilateralen Abkommens
über Investitionen (MAI)**

Analyse der Regelung vor dem Hintergrund bestehender
Individualklagemöglichkeiten und Anregungen für ihre Veränderung

Shaker Verlag
Aachen 2000

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Nettesheim, Katja:

Die Individualklage im Entwurf des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI): Analyse der Regelung vor dem Hintergrund bestehender Individualklagemöglichkeiten und Anregungen für ihre Veränderung/
Katja Nettesheim.

Aachen : Shaker, 2000

(Berichte aus der Rechtswissenschaft)

Zugl.: München, Univ., Diss., 2000

ISBN 3-8265-7898-8

Copyright Shaker Verlag 2000

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 3-8265-7898-8

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 1290 • 52013 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Antwort auf die Frage, ob ein multilaterales Abkommen über Investitionen geschaffen werden sollte, ist letztendlich von der jeweiligen Einstellung des Einzelnen zur Globalisierung abhängig. Geht man von der Zweckmäßigkeit eines solchen Abkommens aus, so sollte es ein Investor-Staat-Verfahren i.w.S. (also eine Individualklage und eine Staatenklage) beinhalten. Das beruht auf folgenden Gründen:

Allgemein stärkt ein effektiver Durchsetzungsmechanismus die Autorität jedes Abkommens und die Befolgung der völkerrechtlichen Pflicht zur friedlichen Streitbeilegung.

Hinsichtlich der Individualklage ist speziell internationale Streitbeilegung vonnöten, da innerstaatliche Gerichtsbarkeit von den Investoren als unzuverlässig, langsam, kostenintensiv und unsicher angesehen wird. Demgegenüber kann eine unparteiische internationale Streitbeilegung Streitigkeiten entpolitisieren. Unter den Möglichkeiten der internationalen Streitbeilegung sind diejenigen vorzuziehen, in denen der Einzelne selbst einleitungsbefugt ist, da er sonst auf den aufwendigen und unwägbareren Mechanismus des diplomatischen Schutzes rekurrieren müßte.

Die Notwendigkeit einer Staatenklage ergibt sich aus einem anderen Umstand: Die im Rahmen des MAI vorgeschlagenen materiellen Verpflichtungen der Staaten erscheinen zu einseitig. Soll ein künftiges Investitionsabkommen Aussicht auf Erfolg haben, muß es zusätzlich Verpflichtungen der Investoren beinhalten. Von den Staaten wird der innerstaatliche Rechtsweg jedoch gleichermaßen als unzureichend zur Durchsetzung ihrer Ansprüche angesehen.

Das MAI beinhaltete zumindest eine Individualklage. Die Gründe für sein Scheitern waren v.a. die Opposition der NGOs gegen das MAI als Motor der Globalisierung und die Aushöhlung des Abkommens durch Vorbehalte. Inhaltlich war die Behandlung der Gesetze mit extraterritorialer Geltung, der subnationalen Einheiten und der Organisationen regionaler wirtschaftlicher Integration, sowie die Einführung von Umwelt- und Sozialstandards und einer Ausnahme für kulturelle Industrien umstritten, nicht jedoch die Ausgestaltung der Individualklage.

Die Regelungen der Individualklage im MAI sind in einigen Punkten verbesserungsfähig. Speziell die prozessualen Regeln wurden fundiert unter den Gesichtspunkten des übermäßigen Kostenrisikos der beklagten Partei, insbesondere bei Fehlen der Verfahrensvoraussetzung einer ausreichenden Betroffen-

heit, und der fehlenden Gleichberechtigung der Staaten kritisiert. Positiv wurden hingegen die eigene Berechtigung des Investors, die obligatorische Wirkung der Verfahrenseinleitung, die Unabhängigkeit des Schiedsgerichts und die allgemeine Qualität der Verfahrensregeln herausgehoben.

Um den o.g. Kritikpunkten zu begegnen, könnten folgende Punkte geändert werden: Einführung einer gleichberechtigten Klagemöglichkeit für die Staaten und der Voraussetzung einer ausreichenden Betroffenheit, sowie Kostentragepflicht allein zu Lasten der klägerischen Partei zumindest bis zu dem Zeitpunkt, in dem offensichtliche Unbegründetheit ausgeschlossen werden kann. Darüber hinaus könnte man eine Frist für die gütliche Streitbeilegung einführen und die Ausschließlichkeit der Verfahren der abkommensrechtlichen Schiedsgerichtsbarkeit schon ab ihrer Einleitung fordern. Die Gleichberechtigung der Streitparteien könnte auch beim Antrag auf Gutachten und vorläufige Maßnahmen eingeführt werden. Sinnvoll wäre zudem, das gesamte Verfahren einer Frist unter Androhung von „Verschleppungszuschlägen“ zu unterwerfen, sowie durch Beteiligung des Komitees der Vertragsparteien Schiedssprüche mit Drittwirkung zu ermöglichen. Die Anwendung zwischenstaatlicher Gegenmaßnahmen bei Nichterfüllung der Schiedssprüche sollte nur im Rahmen institutionalisierter Verfahren stattfinden können. Mit diesen Modifikationen könnte das Investor-Staat-Verfahren i.w.S. trotz des Scheiterns der Verhandlungen zum MAI durchaus einen Beitrag zu einer zukünftigen Regelung von ausländischen Direktinvestitionen darstellen.

Ob Aussichten für weiterführende Verhandlungen zu einer multilateralen Regelung von ausländischen Direktinvestitionen bestehen, ist unklar. In der nahen Zukunft könnten Gespräche anlässlich der Millenium-Runde der WTO geführt werden. Ob die multilaterale Investitionsregelung tatsächlich auf die Agenda gesetzt wird, ist zur Zeit jedoch eher zweifelhaft. Sollte dies der Fall sein, wäre aufgrund des Vorbilds in der NAFTA, welche den momentanen Standard in der Regelung von ausländischen Direktinvestitionen setzt, eine Abkehr vom rein zwischenstaatlichen Streitbeilegungsmechanismus der WTO nicht unwahrscheinlich. Doch selbst wenn die Millenium-Runde keine neuen Verhandlungen über Investitionen bringen wird, werden die Diskussionen über Investitionsliberalisierung in geographisch beschränkterem Umfang weitergehen. Auch in diesem Rahmen läßt sich eine fortschreitende Investitionsliberalisierung mit den dazugehörigen Streitbeilegungsmechanismen verankern.